

Staatssekretär a. D. Klaus Faber, Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski

Pressemitteilung

Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger fordert Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung

Potsdam und Frankfurt am Main, im März 2007

In einem Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten (s. Anhang) hat *Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger* Ende Februar dieses Jahres in Anlehnung an das Vorgehen anderer Staaten einen *Bericht der Bundesregierung zur Antisemitismusbekämpfung* gefordert. Vergleichbare Schreiben sind auch an die *Mitglieder der Bundesregierung*, an die *Regierungschefs der Länder* sowie an die *deutschen und österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament* gerichtet worden.

Der Antisemitismus, besonders dessen islamische Prägung, sollte, so Arno Lustiger in den Schreiben, nicht alleine die Sorge der Juden sein. Als Auschwitz-Überlebender und Historiker der Schoa ist er der Meinung, daß die Erinnerung an den Holocaust uns alle verpflichtet. Der jährliche Bericht sollte nach seiner Auffassung unter Beteiligung des Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes über die Verbreitung antisemitischer Strömungen in allen Gesellschaftsteilen und -institutionen einschließlich der Medien Auskunft geben sowie darlegen, welche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden. Auch über die antisemitische Propaganda in den Herkunftsländern der muslimischen Einwanderer, die über viele Wege nach Deutschland kommt, und über die Maßnahmen, die die Bundesregierung dagegen ergreift, sollte berichtet werden.

Dem Schreiben von Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger war der *von Klaus Faber, Julius H. Schoeps und Sacha Stawski herausgegebene Sammelband „Neu-alter Judenbass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“* (2. Aufl., 2007, Verlag für Berlin-Brandenburg) beigelegt. Dieser Sammelband behandelt die Verbindungen zwischen den Antisemitismusvarianten im islamischen und im christlich-westlichen Kulturkreis.

Anhang

Dr. h. c. Arno Lustiger

XXXXXXXXXXXXXXXXXweg XX • 60XXX Frankfurt am Main

Tel.: 069 – XXXXXX • Fax: 069 – XXXXXX • E-Mail: arno.lustiger@macnews.de

Frankfurt am Main, im Februar 2007

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

der meinem Schreiben beigefügte, von Klaus Faber, Julius H. Schoeps und Sacha Stawski herausgegebene Sammelband „Neu-alter Juden Hass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“ behandelt die Verbindungen zwischen den Antisemitismusvarianten im islamischen und im christlich-westlichen Kulturkreis. Hitlerdeutschland hat seinen rassistischen Antisemitismus in der arabischen Nationalbewegung und im Islam verbreitet. Es wurde dabei, bis hin zu Plänen des Völkermords an den Juden Palästinas, durch den damaligen Führer der palästinensischen Araber unterstützt. Bis heute lehnt eine Mehrheit der Palästinenser eine Anerkennung Israels ab. Der deutsche Schuldabwehr-Antisemitismus, u. a. in der von vielen geteilten Meinung zu erkennen, Israels Politik gegenüber den Palästinensern sei Hitlerdeutschlands Verbrechen an den Juden gleichzustellen, wird von der islamisch-arabischen Propaganda gefördert. Es geht dabei also nicht nur um ein Problem im rechtsradikalen Milieu.

31 Autorinnen und Autoren ganz unterschiedlicher Herkunft und Orientierung – Wissenschaftler, Politiker und andere im Kampf gegen den Antisemitismus Engagierte – äußern sich in dem Sammelband zu verschiedenen Aspekten des neu-alten Judenhasses, zu den Themen deutsche Medien und Nahostkonflikt, islamischer Antisemitismus und Handlungsbedarf in der Politik. Ich kenne im deutschen Sprachraum keine im Informationsgehalt und in der Vielfalt vergleichbare Studie. Sie hat inzwischen auch außerhalb Deutschlands Anerkennung gefunden und verdient eine weite Verbreitung.

Der Antisemitismus, besonders dessen islamische Prägung, sollte nicht alleine die Sorge der Juden sein. Als Auschwitz-Überlebender und Historiker der Schoa bin ich der Meinung, daß die Erinnerung an den Holocaust uns alle verpflichtet. Vor dem Hintergrund aktueller Gefahren unterstütze ich deshalb die politische Forderung an die Bundesregierung, in Anlehnung an das Vorgehen anderer Staaten einen jährlichen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung herauszugeben. Der Bericht sollte unter Beteiligung des Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes über die Verbreitung antisemitischer Strömungen in allen Gesellschaftsteilen und -institutionen einschließlich der Medien Auskunft geben sowie darlegen, welche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden. Aufgenommen werden sollte ebenso die Berichterstattung über die antisemitische Propaganda in den Herkunftsländern der muslimischen Einwanderer, die über viele Wege zu uns kommt, und über die Maßnahmen, die die Bundesregierung dagegen ergreift oder ergreifen wird. Wie notwendig ein derartiger Bericht ist, zeigen viele Einzelbeiträge in dem beigefügten Sammelband.

Mit freundlichen Grüßen